

LEONBERGER KREISZEITUNG

Nr. 266 | 46. Woche | 77. Jahrgang | E 4504 A

Mittwoch, 17. November 2021

2,30 €



Corona-Krise

Alarmstufe Rot

Überfüllte Intensivstationen geben den Ausschlag: im Südwesten tritt am heutigen Mittwoch die Alarmstufe mit strengeren Regeln in Kraft. Menschen, die nicht geimpft sind, werden aus vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ausgeschlossen. Aber Ministerpräsident Kretschmann erwägt noch schärfere Maßnahmen. **Seiten 2, 6, 9, 15**

Am Rande der Politikfähigkeit



Deutschland im Herbst: ein desorientiertes Land. Das liegt an mangelnder politischer Führung.

Von Reiner Ruf

Stumm sitzen wir in unseren Zimmern und schauen trübe in den Spätherbstnebel draußen. Der Corona-Blues hat uns wieder, doch die Verwirrung reicht weit über den Umgang mit der Pandemie hinaus. Der neue Baden-Württemberg-Check liefert dafür einen Beleg. Allein schon das von Parteitaktik geprägte Corona-Management der sich anbahnenden Ampelkoalition in Berlin bietet Grund zum Verdruss. Das Gezeir der alten Bundesregierung war nicht unwesentlich geprägt von dem nunmehr dreijährigen Kampf in der Union um die Nachfolge von Kanzlerin Angela Merkel.

Zu beklagen ist jedoch generell ein Mangel an Führung. Die miese Qualität der politischen Ansagen lässt sich auf der Empfängerseite unmittelbar ablesen. So fällt die Zufriedenheit mit dem Ergebnis der Bundestagswahl in der Allensbach-Umfrage denkbar schlecht aus, die Aussicht auf eine Ampelregierung reißt die wenigsten vom Hocker. Umgekehrt sackt aber auch das Ansehen der grün-schwarzen Koalition im Land ab. Die Ampelfans überwiegen deutlich die Gruppe der Grün-Schwarz-Befürworter. Fazit: Wie es auch ist, ist es nicht recht.

Regelrecht deprimieren muss die mangelnde Bereitschaft, für mehr Klimaschutz zu bezahlen. Wo doch die apokalyptischen Szenarien, die viele junge Menschen um ihre Zukunft bangen lassen, inzwischen nicht nur wissenschaftlich, sondern auch ganz lebensnah fassbar sind. Die Bilder aus dem Ahrtal sind real, die Hitze und die Feuersbrünste im kalifornischen oder griechischen Sommer waren es auch. Das Polareis schmilzt so unerbittlich, wie in Deutschland die Absatzzahlen überdimensionierter Fahrzeuge steigen, die früher Auto hießen. Der Verkehrssektor ist jener Bereich, der bei der Kohlendioxidminderung bisher versagt.

Dass Menschen mit kleinem Geldbeutel höhere Energiepreise ablehnen, ist nachvollziehbar. Doch gäbe es Instrumente, diese Mehrausgaben auszugleichen. Das Problem: Davon ist zu wenig die Rede, und wo Politiker davon sprechen, finden sie wenig Vertrauen. Das aber ist die Währung, mit der Demokratie gehandelt wird: Vertrauen. Davon hat die Politik in Deutschland viel verspielt. Wobei auch Eigensucht den Klimaschutz konterkariert. Hand aufs Herz: Wer aufs Land zieht, um sich den Traum vom Eigenheim zu verwirklichen, kann nicht selbstverständlich davon ausgehen, dass die Pendlerpauschale ewig hält. Gut, die FDP stemmt sich gegen jede Änderung. Aber auch Christian Lindner kann in seinem Porsche dem Klimawandel nicht auf Dauer davonrasen.

Schon liegen Vorschläge auf dem Tisch, den Klimaschutz dem Zugriff der Politik zu entziehen und vermeintlich unabhängigen Institutionen anzuvertrauen – analog zu den Zentralbanken. Das wäre das Ende der Demokratie. Was herauskommt, wenn Einrichtungen wie Zentralbanken das Regiment übernehmen, erkennt man an der Geldpolitik der EZB, deren Niedrigzinspolitik die Sparguthaben und Lebensversicherungen zerschälte, um mit der Geldflut die Hochschuldenländer vor dem Kollaps zu bewahren. Dies beunruhigt die Menschen zutiefst. Woraus sich erhellt: Die Auslagerung politischer Entscheidungen ist keine Lösung.

Nein, wir brauchen eine bessere Politik – und verantwortungsbewusste Politiker, die Führung übernehmen. Was wir nicht brauchen, sind Selbstdarsteller wie Bayerns Ministerpräsident Markus Söder, der aus dem Cockpit eines Kampffliegers den Daumen reckt, als wäre er Tom Cruise in „Top Gun“. Derweil versinken seine bayerischen Landkreise in Corona. Solches Gekockel verwandelt die Politik in eine Operette. Kein Wunder, wenn die Leute unzufrieden sind.

USA und China sehen Gefahr für Konflikt

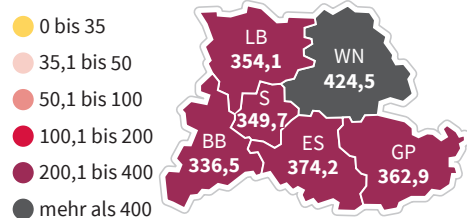
PEKING. Bei ihrem ersten Online-Gipfel haben US-Präsident Joe Biden und Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping vor einer gefährlichen Konfrontation zwischen den beiden größten Volkswirtschaften gewarnt. Biden sagte zu Beginn des Gesprächs am Dienstagmorgen Peking Ortszeit, beide müssten dafür sorgen, „dass der Wettbewerb zwischen unseren Ländern nicht in einen Konflikt ausartet“. Er unterstrich in der Videoschalt die Bedeutung von „Leitplanken des gesunden Menschenverstandes“. *dpa* – Kommentar und Hintergrund **Seiten 3, 5**

Ampel auf Zielgerade

BERLIN. Ungeachtet aller Konflikte in Sachfragen gehen die Ampel-Parteien davon aus, dass sie ihren Zeitplan für die Regierungsbildung halten können. Die Gespräche kämen gut voran, in der kommenden Woche solle der Koalitionsvertrag stehen und Anfang Dezember die Kanzlerwahl stattfinden. **Seite 4**

VERBREITUNG DER INFEKTION

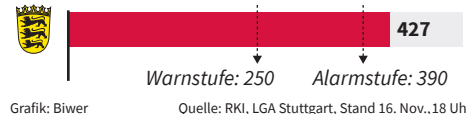
Neuinfizierte (7 Tage) in der Region
je 100 000 Einwohner



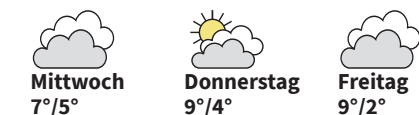
Neuinfektionen (mittlerer Tageswert 9.11.–15.11., verglichen mit der Woche davor)

38.964 (+33 %) **6249** (+50 %)

Covid-19-Patienten auf Intensivstation



Wetter Seite 16



Börse Seiten 12, 13

Dax 16.247,86 Punkte (+ 0,61 %)
Dow Jones 36.142,22 Punkte (+ 0,15 %)
Euro 1,1335 Dollar (Vortag: 1,1444)

Ausführliches Inhaltsverzeichnis Seite 2

Verbraucherpreise belasten die Bürger

Eine aktuelle Allensbach-Umfrage in Baden-Württemberg ergibt wenig Begeisterung für die neue Bundesregierung – aber große Erwartungen.

Von Renate Allgöwer

Die hohen Verbraucherpreise werden wahrscheinlich die Bereitschaft der Bürger schmälern, politische Entscheidungen für den Klimaschutz zu unterstützen. Das legt die aktuelle Untersuchung des Baden-Württemberg-Monitors der baden-württembergischen Zeitungsverlage nahe. Wenn die Preise für Energie und Lebensmittel weiter steigen, könnte dies zu einer ersten ernsthaften Belastungsprobe für die neue Bundesregierung werden, erwarten die Experten vom Institut für Demoskopie in Allensbach, die den BaWü-Check durchgeführt haben.

Darin zeigt sich die große Mehrheit der Baden-Württemberger durch die Preissteigerungen der vergangenen Monate stark oder sogar sehr stark betroffen. Die Ausgaben für das Tanken treffen 71 Prozent der Gesamtbevölkerung besonders, gefolgt von den Heiz- und Stromkosten mit 66 und 65 Prozent.

Für die Zukunft erwarten die meisten Befragten weitere Teuerungen. 53 Prozent rechnen mit großen finanziellen Belastungen durch Klimaschutzmaßnahmen. Das wirkt sich auf die Akzeptanz von möglichen Maßnahmen aus. 53 Prozent aller Befragten sind nicht bereit für den Klimaschutz höhere Energiepreise zu zahlen.

Der Umwelt- und Klimaschutz hat bei den Befragten ohnehin nicht die höchste Priorität. Sie nennen ihn erst an vierter Stelle, bei der Frage, worum sich die neue Bundesregierung besonders kümmern sollte. Viel wichtiger ist ihnen, dass die Rente sicher ist. Das sagen 65 Prozent. Die Rente schlägt auch das Bedürfnis nach bezahlbarem Wohnraum. Der war beim BaWü-Check im Juli das Topthema unter den Erwartungen an die neue Landesregierung gewesen.

Wünsche an die neue Bundesregierung gibt es zahlreiche. Doch so richtig zufrieden zeigen sich die Baden-Württemberger nicht mit dem Ausgang der Bundestagswahl, 47 Prozent der Befragten hätten sich ein anderes Ergebnis gewünscht. Der gebeutelten Landes-SPD nutzt der Sieg bei der Bundestagswahl der Befragung zufolge bisher nicht. 42 Prozent der Baden-Württemberger gefällt die SPD im Südwesten nicht. Dennoch würden inzwischen 41 Prozent im Land lieber eine Ampelkoalition an der Regierung sehen als das grün-schwarze Bündnis. Das sind zehn Prozent mehr als noch im Juli.

Auch der Rückhalt für Ministerpräsident Kretschmann lässt unter dem Eindruck der Bundestagswahl leicht nach. Für eine volle Amtszeit sprechen sich 41 Prozent der Befragten aus, im Juli waren es 45 Prozent.

– Rente ist das Topthema **Seite 7**



Stuttgart plant Nahverkehrsabgabe

STUTTGART. In den nächsten Jahren könnte eine Abgabe zur Förderung des Nahverkehrs eingeführt werden. Die Landkreise, die der Verkehrsverbund Stuttgart (VVS) bedient, und die Landeshauptstadt haben sich für ein entsprechendes Pilotprojekt beim Land beworben. Die Koalition aus Grünen und CDU will in einem noch zu formulierenden Gesetz Städten und Kreisen ermöglichen, eine Abgabe für Bus und Bahn zu erheben. Was eingenommen wird, müsste zur Verbesserung des Nahverkehrs eingesetzt werden. Offen ist, wer bezahlen soll – alle Einwohner, alle Autofahrer oder alle Nutzer. *ks*

– Wer zahlt die Abgabe? **Seite 17**

Luff



Ampel, höre die Signale!

Nur zehn Minuten für Ungeimpfte

Für Impfmuffel haben viele Ärzte in der vierten Coronawelle nur noch wenig Verständnis. Auch den beiden Chefs der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, Norbert Metke und Johannes Fechner, geht das so. „Frech und gesellschaftlich inakzeptabel“ sei die Verweigerung, schrieben sie dieser Tage an die Mitglieder, angesichts der Gefahr für andere sei die Spritze eben „keine Privatsache mehr“. Leider gebe es keine rechtliche Handhabe, den Zugang zur Praxis von Impfung oder Test abhängig zu machen.

Doch die Ärzte-Funktionäre hatten einen Tipp, der ihrem Rundschreiben inzwischen bundesweite Publizität verschafft hat. Gemäß dem Gebot, verletzte Gruppen besonders zu schützen, könnten separate Sprechstunden eingerichtet werden. Dann folgte ein Beispiel, das es in sich hatte: Geimpfte, Genesene und Getestete könnten von 8 bis 18 Uhr kommen, die Non-3-G-Sprech-

Kassenärzte im Land provozieren mit Tipp für frühe und kurze Sondersprechstunde.

Von Andreas Müller

te er sich, solle Ungeimpften die Behandlung verweigert werden. Dann griff ein Online-Portal den „heiklen Vorschlag“ auf, und schon entbrannte eine gereizte Debatte darüber.

Inzwischen haben die Kassenärzte den routinemäßig eingestellten Brief von ihrer Internetseite genommen, „um Unfug zu vermeiden“, wie ein Sprecher mitteilt. Sondersprechstunden seien nichts Ungewöhnliches, betonte er. Sie könnten etwa genutzt werden, um Krebspatienten von Ungeimpften zu separieren. Von zehn Minuten in aller Frühe war indes keine Rede mehr.



4 190402 902302